ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

DENKFABRIK SCHALOM ALEIKUM

Gefördert durch:
Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Dialog in angespannten Zeiten

Handreichung zur jüdisch-muslimischen Dialogarbeit

Verfasser: „Denkfabrik Schalom Aleikum“ im Zentralrat der Juden in Deutschland

1. Einführung: Jüdisch-muslimischer Dialog in der Krise

Wir verstehen Dialog als kommunikative Handlungen, die nicht vor einem statisch festgelegten Hintergrund stattfinden. Damit ist der Dialog ein ständiger Aushandlungsprozess, der nie gänzlich von Unsicherheiten befreit sein kann. Diese Unsicherheiten sind für Beteiligte unterschiedlich stark gewichtet. Wir sehen und bemerken dies momentan im jüdisch-muslimischen Verhältnis: Die Reaktionen auf das antisemitische Massaker der Hamas am 07. Oktober 2023 stellen eine Zäsur dar, die in grundlegender Hinsicht auch und nicht zuletzt in Deutschland die Möglichkeit des jüdisch-muslimischen Dialogs in Frage stellen.

Hierbei zeigt sich ein enormer Dissens, in dem das Vorverständnis über den Nahost-Konflikt hinsichtlich des Dialogs problematisch (geworden) ist. Es stellt sich gar die Frage, inwieweit es noch Verständigungsmöglichkeiten gibt, inwieweit es also zu einem Prozess der persönlichen, gesellschaftlichen und (bildungs)politischen Einigung zwischen Juden und Muslimen in Deutschland kommen kann. Vieles spricht zurzeit dagegen. Es scheint, dass die rationale Motivation zu Empathie und Wissensannahme durch vorgefertigte Bilder und Meinungen gestört ist, die gerade die Grundprämisse des Dialogs unterminieren.

Die Annahme eines alternativlosen Dialogs ist keinesfalls selbstverständlich und voraussetzungslos. Die Aussage „nichts wird nach dem 7. Oktober 2023 so wie früher sein“, die wir teilen, führt uns zu einigen grundlegenden Frage: Wie kann es im heutigen jüdisch-muslimischen Dialogprozess zu einem Verständnis kommen, das keine Gleichgestimmtheit voraussetzt? Wie können wir andere Perspektiven anerkennen, ohne diese übernehmen zu müssen? Welche Akteure, Inhalte und Ausdrücke sind hier möglich, welche Gegebenheiten notwendig? Gibt es im jüdisch-muslimischen Dialogprozess eine prinzipielle Anerkennung des Anderen und die Möglichkeit zu gegenseitiger Verständlichkeit und Aufrichtigkeit? Es sind grundsätzliche, elementare Fragen des Dialogs, die heute zur Disposition stehen.

Als Denkfabrik Schalom Aleikum sind wir uns sicher: Der Dialog muss weitergeführt werden. Die vorliegende Handreichung wurde von der Denkfabrik Schalom Aleikum nach vertrauensvollem Austausch mit verschiedenen jüdischen, muslimischen und gesellschaftlich engagierten Verbänden, Vereinen, Institutionen sowie einzelnen Akteurinnen und Akteuren ausgearbeitet. Dafür ergeht unser Dank für die produktive Offenheit des Austauschs an alle Beteiligten.

Die Denkfabrik Schalom Aleikum im Zentralrat der Juden in Deutschland gibt im Folgenden Empfehlungen für Leitplanken des jüdisch-muslimischen Dialogs ab.

2. Bestandsaufnahme (Herausforderungen, Bedürfnisse, Stimmung, Gesprächspartner)

Gesprächspartner und Räume:

Eine Schwierigkeit, die wir voranstellen müssen, ist, dass es aktuell kein repräsentatives Stimmungs- und Lagebild der jüdischen und muslimischen Communities gibt. Dies hat besonders mit der Heterogenität insbesondere der muslimischen Communities zu tun. Eine repräsentative Erhebung eines solchen möglichst ganzheitlichen Stimmungs- und Lagebildes ist an signifikante Ressourcen geknüpft.

Positiv ist anzumerken, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland soeben einen ersten Schritt in diese Richtung getan hat. Das Team des Projekts Gemeindecoaching hat eine Umfrage zu den Auswirkungen des Hamas-Terrors und des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland mit dem Führungspersonal von 93 % der Gemeinden unter dem Dach des Zentralrats der Juden durchgeführt. Folgendes Bild ergibt sich aus den erhobenen Daten:
Der Terror des 7.10.2023 hat massive Auswirkungen auf das jüdische Leben in Deutschland – insbesondere für jüdische Seniorinnen und Senioren, Familien mit Kindern und Jugendliche. Mehr als zwei Drittel der jüdischen Gemeinden bemerken negative Folgen seit dem 07. Oktober. Hierzu gehören die Angst vor antisemitischen Angriffen und eine große Verunsicherung unter den Mitgliedern, aber auch eine deutlich geringere Teilnahme der Mitglieder am Gemeindeleben. 43 % der Gemeinden haben aufgrund von massiven Sicherheitsbedenken bereits Veranstaltungen absagen müssen. Die Angst vor Angriffen und die große Verunsicherung ist in konkreten antisemitischen Vorfällen begründet, die die Gemeinden verstärkt erfahren. In 32 Städten kam es zu antisemitischen Vorfällen gegen die Gemeinden. Hierzu gehören antisemitische Zuschriften und Schmierereien, Drohanrufe und E-Mails sowie persönliche Beleidigungen.
Aus dem Lagebild ergibt sich auch ein oft übersehener Aspekt: Derartige Vorfälle führen zu einem großen Strapazieren der Belastungsfähigkeit der ressourcenschwachen Gemeinden, da sie zum einen zusätzliche Leistungen und Dienste wie die psychosoziale Hilfe organisieren und anbieten müssen, zum anderen aber auch mehr Ressourcen bspw. in die Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und in den Aufbau von Partnerschaften investieren müssen. Zu letzterem kann hervorgehoben werden, dass die christlichen Kirchengemeinden aktuell zu den wichtigsten Unterstützern der jüdischen Gemeinden gehören. Wir erfahren auch, dass aktuell etwa 46 % der jüdischen Gemeinden mit lokalen Moscheegemeinden oder muslimischen Organisationen in Kontakt stehen – genaueres müsste im Folgenden eruiert werden.
Wir erachten solche oder ähnliche Erhebungen auch für das Stimmungsbild der Musliminnen und Muslime in Deutschland für absolut notwendig.
Hieran kann angeschlossen werden, dass über die jüdischen und muslimischen Communities für die Zeit vor dem Hamas-Terror am 07. Oktober gesagt werden kann, dass sie keinen systematischen Dialog aufgebaut haben. Es gibt eine Vielzahl vereinzelter, auch wiederkehrender Vernetzungen und Dialogvorhaben auf verschiedenen Ebenen (Zivilgesellschaft, Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur), die sich auf organisationaler Ebene aber kaum institutionalisiert haben.

Es braucht heute Räume, Safe(r) Spaces, in denen Platz ist für Schmerz, Wut, Ambivalenz und Verunsicherung. In diesen Räumen, die nicht von laufenden Kameras begleitet werden sollen, sind die Vertreter und Angehörige jüdischer und muslimischer Communities in der überschaubaren Zukunft wahrscheinlich am besten aufgehoben. Die emotionale Begegnungsebene kann in dieser Zeit zur primären Norm des Dialogs werden.

Noch relevanter für unser Anliegen sind Räume, in denen bereits jüdisch-muslimischer Dialog praktiziert wird: Was eignet sich zur Kontinuität, was nicht? Es ist in diesem Zusammenhang unbedingt zu klären, wer als Dialogpartner geeignet ist. Hierbei ist kein falsches zögerliches Verhalten notwendig, insbesondere, wenn wir die organisationale Ebene betrachten: DİTİB als verlängerter Arm der türkischen Religionsbehörde Diyanet, der Dachverband der schiitischen Gemeinden (IGS) und die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) diskreditieren sich wegen Antisemitismus in ihren eigenen Funktionärsreihen ebenso als verlässliche Partner wie der Zentralrat der Muslime (ZMD). Es ist eine herbe Enttäuschung, dass die großen und

größeren islamischen Dachverbände IGMG, IGS und der ZMD keine konkreten und überzeugenden Einordnungen der Geschehnisse des 07. Oktobers 2023 zustande gebracht haben. Das sind Maßstäbe, die die Zugehörigkeit zum jüdisch-muslimischen Dialog mitbestimmen. Ein auf Kooperation ausgerichtetes Dialogformat kann seine Gesprächspartner aktuell nur in der muslimischen Zivilgesellschaft außerhalb der politisch fragwürdigen Organisationen finden.

Dialog ist also auf politisch-institutioneller Ebene auch eine Risikozone, in der man politisch, medial und gesellschaftlich infrage gestellt werden kann. Dazu müssen Dialoginitiatoren stehen – so führt bisweilen gar die Kritik an der Terrororganisation Hamas zu Rassismusvorwürfen.

Neben dieser organisationalen Ebene und Leitungsebene der Verbände ist im Weiteren zu klären, wo auf der Mikro-Ebene die Zugehörigkeit zum Dialogprozess gezogen wird. Hiermit hängt zugleich ein weiterer Aspekt zusammen: Die Frage der Zugehörigkeit stellt sich auch vor dem Hintergrund, dass dem jüdisch-muslimischen Dialog Grenzen gesetzt sind. Dialog beruht bspw. darauf, dass es mindestens ein basales Anerkennungsverhältnis der Gesprächspartner gibt. Ohne diese Ebene kann kein Dialog, kein Gespräch stattfinden, da es hier schier um persönliche, identitätsbezogene und existenzielle Fragen geht.

Herausforderungen:

Aus obigem lassen sich bereits konkrete Herausforderungen benennen. Das Schweigen, aber auch etwa problematische Äußerungen bestimmter Verbände machen diese aktuell zu ungeeigneten Dialogpartnern.

In nahöstlichen Konfliktzeiten steht der Dialog in Deutschland stets unter einem großen Fragezeichen. In Zeiten von Konflikten zwischen Israel und der Hamas, die sich auch auf deutschen Straßen, in deutschen Universitäten, Schulen und Kultureinrichtungen übertragen, werden tiefe Überzeugungen und Emotionen hervorgerufen, die zu Spannungen im Dialog führen und es für die Beteiligten erschweren, andere Position auszuhalten. Hierzu gesellt sich, dass im Dialog aktive Personen einem zivilgesellschaftlichen Druck ausgesetzt sind, sich für eine Position und Zugehörigkeit zu entscheiden (religiöse, kulturelle und institutionelle „Loyalitäten“). Engagement im Dialog geht also mit spürbaren psychologischen Belastungen einher – in aktuellen Krisenzeiten umso mehr.

Klar muss sein, dass es nicht darum gehen kann, den Nahostkonflikt zu lösen, und dies muss zugleich als Grundlage des Dialogs angesehen werden. Dennoch geht es um ein Gespräch über den Konflikt in diversen Bereichen und Medien. Zentral ist, dass die jeweiligen Intentionen wahrhaftig und nachvollziehbar geäußert werden – nicht nur das „Schweigen“ bestimmter Institutionen und Gruppen über den Terror gegen Israel spricht Bände, sondern auch zahlreiche vage Aussagen und unkonkrete Einschätzungen führten dazu, dass Dialogräume verschlossen blieben.

Hier sehen wir zudem oftmals gänzlich getrennten Solidaritätsräume für die Israelis, Jüdinnen und Juden und weitere Opfer des Hamas-Terrors auf der einen und für die zivilen palästinensischen Opfer in Gaza auf der anderen Seite.

Der 07. Oktober muss auch in folgender Hinsicht als herausfordernde Zäsur betrachtet werden: Es ist nicht mehr möglich, bestimmte Themen auszublenden – bspw. unterschiedliche Erscheinungsformen des Antisemitismus und/oder (antimuslimischen) Rassismus. Es dürfen keine Elefanten mehr im Raum existieren. Es braucht stattdessen einen Rahmen, der eine

größere Offenheit und auch den Widerspruch auf dem Weg zum angestrebten Einverständnis oder zumindest Verständnis erlaubt.

Als eine weitere zentrale Herausforderung erachten wir die Sozialen Medien. Diese spielen sowohl hinsichtlich der identitätsbildenden Gemeinschaftsbildung, aber auch im Bezug zu Hassrede, Propaganda (Kampf um Bilder) und Hetze eine wesentliche Rolle. Dies ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass im Jahr 2024 einige zivilgesellschaftliche Projekte, die sich diesen Herausforderungen stellen, um ihre Finanzierung bangen. Es ist und bleibt eine zu beantwortende Frage, wie diese Medien stark und wirkungsvoll für die Weiterführung des Dialogs eingesetzt werden können.

Zuletzt müssen wir benennen, dass Alltagsbegegnungen zwischen Juden und Muslimen rar geworden sind. Diese sind jedoch für den Dialog von enormer Bedeutung. Solche Begegnungen kommen aktuell selten zustande, weil zum einen die Zahl der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden relativ niedrig ist und sich diese zum anderen oft bedeckt halten (müssen). Sie haben Angst vor offenem Antisemitismus in Institutionen sowie auf offener Straße, vor rechtem, islamischem bzw. islamisch gelesenem oder linkem Antisemitismus. Es ist notwendig, aber schwer, in jedem konkreten Fall, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Zugleich sind jüdisch-muslimische Freund- und Partnerschaften für viele Menschen, insbesondere in den deutschen Großstädten, auch bereits faktische Lebensrealität und Normalität, die von großer Wichtigkeit sind und nun nicht hinterfragt werden dürfen.

3. Handlungsempfehlungen

Dialogbezogene Bedarfe:

Es ist zentral, dass wir empirisch innehalten. Wir müssen die subjektiven Bedürfnisse und die organisationalen Bedarfe der Communities erheben und analysieren, damit wir die Frage beantworten können, wie Dialog aus Sicht der Betroffenen möglich ist – und ob er möglich ist. Wir dürfen diese Dialogformate nicht einfach zwanghaft überstülpen und zu aktivistischen Verpflichtungen übergehen. Jüdisch-muslimischer Dialog kann nur auf bewusster und freiwilliger Basis geschehen.

Gleiches gilt zu sagen für Dialogprojekte und -initiativen: Welche Ressourcen sind bspw. notwendig, damit jüdisch-muslimische Allianzen nachhaltig fortgeführt, bzw. neu geschmiedet werden können? Was brauchen Dialogformate nach dem 07. Oktober 2023, damit sie langfristig und konstruktiv gestaltet werden können?

Vielfältige Zielgruppen, gesellschaftliche Bereiche und persönliche Ebenen:

Von Beginn an ist zu betonen, dass es zwar grundlegende Aspekte gibt, die jedes Dialogformat betreffen – zum Beispiel, dass es eine grundlegende und gegenseitige Anerkennung der Dialogteilnehmenden geben muss. Dennoch gibt es kein allgemeines, universelles Konzept des jüdisch-muslimischen Dialogs, das für jede Zielgruppe und jeden zivilgesellschaftlichen Bereich einsetzbar ist.

Diesbezüglich unterscheiden sich die Zielgruppen (bspw. Kinder und Erwachsene oder KiTas und Gesamtschulen) zu stark voneinander. Wir müssen demnach verschiedene Zielgruppen und zivilgesellschaftliche Bereiche analytisch differenzieren und mögliche Dialogformate daran anpassen (formale Bildung, außerschulische Jugendarbeit, KiTa, Elternarbeit, Erwachsenenbildung, Universitäten, Unternehmen, Zivilgesellschaft, Politik, Kultur). Hierbei

sind auch unterschiedliche Lebensbereiche und Aspekte der Beteiligten zu berücksichtigen, die weit über die religiöse Ebene hinausgehen. Das bedeutet aber zugleich: Dialog muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen erarbeitet werden – spezifisch, langfristig und zielgerichtet.

Dialog in Krisenzeiten:

Es kann auf bestehende und belastbare Beziehungen zurückgegriffen werden und damit trotz möglicher institutioneller und emotionaler Distanz auf der individuellen Ebene bleiben. Das Fortsetzen des jüdisch-muslimischen Dialogs kann somit gewährleistet werden. Diese Form der Nachhaltigkeit ist von enormer Bedeutung, Dialog darf nicht immer erst dann Thema werden, wenn er zu zerbrechen droht. Wir müssen langfristige Konzepte durchsetzen, die die Hindernisse in Krisenzeiten zumindest teilweise auffangen können.

Themen des Dialogs:

Je nach Gesprächspartner bzw. Zielgruppe kann entschieden werden, auf welchen Gesprächsthemen der Fokus liegen soll und ob internationale politische Ereignisse besprochen werden. Auch Themen der internationalen Konflikte dürfen keine Elefanten im Raum bleiben. Zugleich stellt sich die Frage, ob die Behandlung dieser Fragen stets zielführend für den Dialog in Deutschland sind. Hier muss sinnvoll, situativ und mit Expertise differenziert werden.

Gespräche auch hinter den Kulissen ermöglichen:

Insbesondere in Krisenzeiten sollte die heute ubiquitäre mediale Dimension bewusst verlassen werden, um das Sicherheitsgefühl aller Beteiligten zu garantieren und ein allmählicher Vertrauensaufbau ohne kritische Beobachter zu ermöglichen. Teilnehmenden von Dialogformaten kann so Angst genommen werden, sich medial zu exponieren und selbst in das Schussfeld von möglichen Anfeindungen und Loyalitätsvorwürfen zu geraten. Wenn Menschen Angst davor haben, unbewusst ein „falsches Wort“ zu sagen, durch das sie öffentlich diskreditiert werden, ist Dialog nicht möglich. Es muss sich eine Fehlerkultur entwickeln, die nicht per se denunziatorisch ist und gegenseitiges Vertrauen und Empathie stärkt.

Gute Rahmenbedingungen schaffen:

Hierzu zählen langfristige Förderungen von Dialogprojekten, die über kurzfristige und eng gesteckte Förderperioden hinausgehen. Dialog ist kein Notarztprinzip, ebenso wenig eine Eintagsfliege. Hierbei ist es wichtig, dass Handreichungen und wissenschaftliche sowie pädagogische Bücher und Broschüren mit alltäglichen menschlichen Begegnungen verknüpft werden. Wir müssen konkrete physische Räume gestalten, in denen ein Dialog von Angesicht zu Angesicht möglich ist.

Dialoginitiativen müssen bundesweit gefördert werden:

Hierbei muss der Fokus auf die Bildungsebene gelegt werden. Dies ist eine besondere Herausforderung, ist doch gerade in der Schule eine starke Vermischung zwischen einer emotionalen und einer rationalen Ebene sichtbar. Zugleich sind wir uns bewusst, dass Schulen nicht durchgehend mit Ressourcen ausgestattet sind, damit sie auch noch Dialoginitiativen auffangen können (z.B. Personalmangel). Dennoch wird der Nahostkonflikt bspw. an Schulen überwiegend durch Schülerinnen und Schüler selbst „ausgetragen“. Sie nicht damit alleine zulassen, ist eine signifikante pädagogische Aufgabe der Schulen und bildungspolitische Aufgabe zuständiger politischer Akteure. Dazu braucht es vor allem klar professionell moderierende Dritte. Außerschulische Gespräche (Workshops mit teilnehmender

Beobachtung) mit Schülern und jungen Erwachsenen, die auch den Nahostkonflikt zum Thema haben und in geschützten Räumen verlaufen, können hilfreich sein.

Psychologische Dimension:

Von Anfang an müssen realistische Erwartungen an Dialog zielgerichtet verfasst werden, um Enttäuschungen abzufedern und dennoch im Dialog zu bleiben.

Di- aber auch Trialoge müssen als Lernprozesse begriffen werden. Es muss Platz für Fehler in der Kommunikation geben. Dies bedarf einer intensiven Vorbereitungszeit, hierauf muss man sich einstellen, andere Meinungen müssen ausgehalten werden, wenn sie sich in einem konstruktiven Rahmen bewegen.

Zentral ist, dass die psychologischen Belastungen, die mit Dialogprozessen einhergehen, beachtet werden. Das trifft besonders auf jüngere Schülerinnen & Schüler sowie auf junge Erwachsene zu, sich an einem bestimmten Punkten in der Entwicklung ihrer sozialen Wertschätzung befinden (u.a. Abnabelungsprozess vom Elternhaus). Gegebenenfalls ist eine professionelle Begleitung nötig.

Inhaltliche Vorbereitung:

Je nach Zielgruppe und gesellschaftlichem Bereich – ziel- und bereichsspezifische Arbeit – sollte eine inhaltliche und theoretische Vorbereitung stattfinden, unter anderem, um Vorurteile noch vor der ersten Begegnung abzubauen, die „Fremdheit“ des Dialogpartners zu reduzieren und eine Nähe durch das Wissen über den Gegenüber und seine Geschichte erzeugen. Es ist absolut unerlässlich, einen Faktencheck zur zu besprechenden Thematik im Vorfeld zu betreiben.

Insgesamt, besonders mit Blick auf das Jahr 2024, muss entgegen jetziger Tendenzen die zivilgesellschaftliche Dialogarbeit gestärkt werden. Die vorliegende Handreichung der Denkfabrik Schalom Aleikum zur jüdisch-muslimischen Dialogarbeit in der Krisenzeit versteht sich als ein offener und empathischer Schritt in diese Richtung.